

WIR LEUCHTEN TROTZ DUNKEL



Kinderrechtskonvention:

Artikel 31

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit an, auf Spiel und altersgemäÙe aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben.

(2) Die Vertragsstaaten achten und fördern das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben und fördern die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung.

„Wenn es uns gelingt, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen, die es nicht leicht haben in ihrem Leben, durch die Angebote kultureller Bildung etwas mehr Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und Talente sowie Freude am gemeinsam Erlernten zu vermitteln, haben wir etwas sehr Gutes und Bleibendes auf den Weg gebracht“ sagte Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung. Aber -

Berlin hatte den Eindruck erweckt, als sei es eine Stadt, in der Behörden und Bürger zusammen arbeiten. Wenn ein Mitarbeiter im

Öffentlichen Dienst gesagt hatte „Das geht so nicht!“, konnte ein Bürger fragen: „Aber wie geht es dann?“ Problemlösungsorientiertes Arbeitsgespräch begann.

Eine Kulturjournalistin fragte die damalige Kunstamtsleiterin, Angelika Theißen, welche bedeutenden Künstler in Spandau gelebt hatten, sie antwortete: Spandau ist eine alte Garnisonsstadt, Zech saß hier im Knast und Kisch auch. Paul Cech, Egon Erwin Kisch. Künstler wohnen in Spandau, weil Flüsse hinter Schleusen in Meere und Ozeane fließen, Kontinente verbinden und weil sie glauben wollen, dass Spandau ein Ort werden könnte, an dem Menschen in Augenhöhe miteinander reden und kooperieren.

Kunst und Kultur sind Standortfaktoren. Christdemokraten behaupteten, dass sie Künstler in Spandau ansiedeln, Flucht von Intellektuellen ausbremsen wollen - das Kunstamt Spandau wird aber von Christdemokraten regiert, es finanziert, organisiert keine Lesungen, Ausstellungen, in denen renommierte Künstler, die in Spandau leben, vorgestellt werden, so dass sie sich integrierter fühlen könnten.

Raed Saleh unterstützt die Jugendkunstschule in der Zitadelle. „Wir haben in der Tat in den Berliner Jugendkunstschulen das Problem, dass wir oft nicht die Kinder erreichen, die wir erreichen wollen würden. Insbesondere bildungsferne Eltern und solche aus der dritten Migrantengeneration würde man kaum für die kulturelle Bildung ihres Nachwuchses interessieren und gewinnen können: 'Ich hoffe aber, dass wir noch gute Ideen entwickeln, um das zu ändern', sagte Dr. Angelika Tischer, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft.

"Künste öffnen Welten." In Spandau lebende Künstler erarbeiteten in Kooperation mit Kinder- und Jugendfreizeitzentren das Modell einer Mobile Jugendkunstschule. Eine Brennpunktschule nutzte Arbeiten und erhielt den Titel "Starke Schule", in einer anderen konnten sie einen Unterrichtsboykott beenden, "genau so ist es richtig, genau so lässt sich die Kreativität der Kinder wirklich erfassen und entwickeln. Das ist professionell, liebevoll, originell, im eigentlichen Sinne politisch. Solche Projekte mit solch engagierter und gekonnter Anleitung sollte es viel mehr geben!" (Zitat Katja Lange-Müller/Akademie der Künste)

Das Kunstamt Spandau verweigerte 2016 sogar 3000 Euro/Jahr für Kulturelle Bildungsarbeit in sozialen Brennpunkten, ohne Begründung, Transparenz. Diese Umgangsart verletzt Gefühl von Menschenwürde. Sozialarbeiter und Kinder fragten. „Wann kommt ihr wieder?“

In Spandau wohnen offiziell mehr als 230 000 Menschen. Laut Pressemeldung leben in Spandau die ärmsten Bürger Berlins in sechs Brennpunktgebieten. In Spandau Neustadt wohnten bereits 2014 45,22 % Immigranten. Spandauer Behörden (Schulbehörde, Jugendamt) kooperieren nicht mit Künstlern, die erfolgreich im Bereich Kultureller Bildung mit Kindern aus bildungsfernen Familien (inklusive Intensivstraftätern, Suiziderfahrenen, Ritalinkindern) unterschiedlichster Kulturen in sozialen Brennpunkten, Immigrationsgebieten Spandaus arbeiten.

In einem Jahr starben in Spandau drei Arbeitspartner im Bereich Soziokultur an Stressfolgen, Speiseröhrenkrebs, Aortenriss, Herzstillstand. Der jüngste war 41 Jahre alt und hatte ein einjähriges Kind. Politiker haben die Grundverantwortung für Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürger. Aber - Entscheidungsträger waren in diesem Fall Andrea Theissen (Kunstamts- und Museumsleiterin), Wolfgang Sziwek (Referent des Bezirksstadtrates für Jugend, Bildung, Kultur und Sport), Georg Scherer (Fachdienstleiter Jugend und Familienförderung), Gabriele Büchner (selbstständig mit kunstfocus, joomfocus), Reinhard Hoffmann (ehemaliger Kunsterzieher), sie hätten Künstler vor Ort in Kooperationsprozesse einbinden können.

Die Kunstamtsleiterin, Andrea Theissen, wohnt nicht in Spandau, sie hatte versprochen, den Boykott von Künstlern, die in Spandau wohnen, zu beenden, es hatte überzeugend geklungen. Ein Gerücht besagt, eine Initiative dürfe nur dreimal gefördert werden, falls das politische Vorgaben sind, müssten sie im Interesse Spandaus gemeinsam verändert werden. Kulturelle Bildung braucht Kontinuität.

Der Kulturausschuss Spandau lud Künstler ein. Künstler informierten Mitglieder vorab über Arbeitsleistungen, -probleme, um gemeinsam konzentriert und problemlösungsorientiert Arbeitsgespräche führen zu können. Der Vorsitzende Christian Heck wies Künstler in Spandau an, im

Kulturausschuss nicht über Arbeitsprobleme von Künstlern in Spandau zu reden, Künstler mussten Abgeordnete bitten, sie nach Problemen zu fragen. Niemand (außer Piraten und Grünen) schien Arbeitsleistungen im Bereich Künstlerischer und Kultureller Bildung für Spandau vorab zur Kenntnis genommen zu haben. Der Stadtrat für Kultur, Gerhard Hanke, wies nur darauf hin, dass Steuermittel verteilt werden, ohne zu ergänzen, was er meint, weil Politiker, der Stadtrat für Kultur, die Kunstamtsleiterin, aber auch die Abgeordneten von Steuergeldern finanziert werden.

Wenn renommierte Künstler in Spandau so behandelt werden, wie werden dann andere Bürger behandelt? Das Kunstamt Spandau ist der Ansprechpartner für Künstler, die in Spandau ihren Lebensmittelpunkt haben, aber auch für Kulturelle Bildungsarbeit. Gelder, die das Kunstamt Spandau vergibt, sind Steuergelder. Künstler baten die Bezirksverordnetenversammlung zu überprüfen, wie es rechtlich möglich war, dass das Kunstamt Spandau mehr als 80 % der Geldmittel für Kulturelle Bildungsarbeit an Künstler, die

1. nicht in Spandau ihren Lebensmittelpunkt haben
2. laut Recherchestand fachlich weniger für Kulturelle Bildungsarbeit qualifiziert waren als Mitarbeiter der Mobilen Jugendkunstschule, vergeben konnte. Das Leistungsprinzip wurde außer Kraft gesetzt.

Kerstin M. Brauner/CDU Spandau antwortete: „Grundsätzlich ist zu betonen, dass der Fond für Kulturelle Bildung in keiner Weise verlangt, im Bezirk ansässige Künstlerinnen und Künstler zu fördern, es geht vielmehr darum, niederschwellige künstlerische Projekte zu fördern. Die Jury hat verantwortungsvoll ihre Entscheidung getroffen, jedoch konnten leider nicht alle Anträge berücksichtigt werden.“ Kerstin M. Brauner wird als Abgeordnete jeden Monat von Steuermitteln finanziert, dafür dass sie Problemlösungsangebote erarbeitet. Sie erarbeitete keins.

Kinder registrieren, dass Sozialarbeiter und Künstler nicht dort leben, wo sie selbst leben müssen. Christian Hass/ SPD wurde von Raed Saleh/ SPD beauftragt, Finanzierungsprobleme Kultureller Bildungsarbeit vor Ort zu lösen, er musste bekennen, dass er gar kein Mitspracherecht hat. Mikk Schunke/Piraten, Sieglinde Müller/Grüne bezeugten ähnliches. Spandau scheint kulturell eine Diktatur von Christdemokraten, aber wie andere Diktaturen verrät sie ihre eigene Doktrin: Sie boykottierte

Kulturelle Bildungsarbeit auch dort, wo christliche Werte wie Toleranz, Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft, „Stark ohne Gewalt“, „Gemeinsam sind wir stark“ vermittelt werden. Absurdes Theater.

Pauline Püschel / Abteilung Grundsatzfragen Berliner Senat notierte: „Erlauben Sie mir, darauf hinzuweisen, dass das Land Berlin sich mit der Einrichtung des Projektfonds bewusst für eine jeweils zeitlich begrenzte Förderungsform entschieden hat, die es ermöglicht, immer wieder neue Fragestellungen, Formate, Methoden und Inhalte zu unterstützen. Eine dauerhafte Förderung durch den Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung scheidet aufgrund der Statuten des Projektfonds grundsätzlich aus.“ Aber nur eine Festbetragsfinanzierung ermöglicht künstlerische Kreativität, die sich gegenwärtig in Finanzierungsfragen verschleifen muss. Statuten können geändert werden. Opernhäuser werden in Berlin jährlich mit mehr als 300 Millionen subventioniert.

Eine Finanzierungszusage durch die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. wurde mit der Begründung beendet, dass eine hervorragende Arbeit geleistet würde, aber die Arbeitsweise nicht zu den Vorgaben der Exceltabellen passe. Mitarbeiter entschuldigten sich, sie müssten befristet und ohne Rechtsschutz gegenüber dem Ministerium arbeiten. Der Petitionsausschuss des Bundestages bat das Ministerium Ausnahmen zu ermöglichen – ohne Erfolg.

Am 18.7. traf eine Lesebestätigung der Kunstamtsleiterin, Andrea Theissen, ein, dass sie eine Mail, die ihr am 20.2. von Künstlern mit der Bitte um einen Gesprächstermin zugeschickt worden war, am 18.7. gelesen habe. Prinzip Hoffnung auf Hoffnung.

Als das Kunstamt 0 Cents bewilligt hatte, sagten Sozialarbeiter: „Aber die Kinder warten auf Euch!“ Das wirkte wie Psychoterror. Bis 2011 hatten Künstler mit Hilfe von ÖBS-Stellen für Kulturelle Bildungsarbeit a 18 000 Euro/Jahr zur Verfügung, Stellen sollten entfristet werden, sie wurden ersatzlos gestrichen. Ein Mitarbeiter des Jobcenter Spandau sagte: „Vergessen Sie Kinder und Jugendliche! Vergessen Sie alle die kein Geld haben! Sie müssen rauskriegen, was die Reichen brauchen, zum Beispiel Handyaufkleber...“, er betonte, Spandau sei ein sozialer Brennpunkt, „auf absteigendem Ast“, forderte Künstler auf, in andere

Stadtbezirke zu ziehen, sagte am Ende: „Falls sie nicht resignieren, werden Sie sich am Ende eine Kugel in den Kopf schießen!“ Er wurde laut Informationsstand nicht entlassen. Bundestagsabgeordnete wie Kai Wegner, Swen Schulz erarbeiteten keine Problemlösungen.

Gemeinnützige orientierte Arbeit wird in Deutschland als Straf- oder ehrenamtliche Arbeit deklariert, es erzeugt kein Ehrgefühl in sozialen Brennpunkten Berlins Kulturelle Bildungsarbeit zu leisten, Fähigkeiten zur Artikulation, Kreativität, soziale Kompetenz von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern und Kulturen zu fördern, gleichzeitig gezwungen zu sein, um Geld zum Leben betteln zu müssen, keine menschenwürdige Mindestrente erarbeiten zu können. Politiker erhöhten sich selbsttätig Diäten.

Der Kulturetat wurde in Berlin um 109 Millionen erhöht. Kinder sagten: „Wir haben auf Euch gewartet!“ Sozialarbeiter: „Ihr seid ein Ruhepol.“ Ein Jugendlicher behauptete, er habe recherchiert, „Niemand leistet hier im Bezirk, was Ihr leistet!“ Die Kunstlandschaft Spandau, die erfolgreich in sozialen Brennpunkten Spandaus arbeitet, erhielt vom Berliner Senat 2017 3000 Euro/Jahr, 2018 5300 Euro/Jahr an Honorarmitteln.

2019 erhielt Spandau 45.000 Euro / Jahr für Künstlerische und Kulturelle Bildungsarbeit in sozialen Brennpunkten inklusive Kranken-, Rentenversicherung, Kranken-, Urlaubsgeld, Arbeitsmittelfinanzierung zugesprochen, es entspricht einer Vollzeitstelle für 241.905 Einwohner. Der Betrag wurde auf zwölf Antragssteller (z.T. mit mehreren Personen) verteilt. Die Mobile Kunstschule erhielt 0 Cents. Dr. Ralf F. Hartmann entschuldigte sich als Kulturredirektor mit Vorgaben des Senats, der Folgeförderungen verbiete, ohne ein Problemlösungsangebot erarbeiten zu wollen. Er sei mit anderen Projekten beschäftigt.

Prinzip Hoffnung statt Resignation. Kooperation statt Konfrontation. Mathias Gille beantwortete als Leiter des Presse- und Informationsamtes Berliner Senat die Frage nicht, warum der Berliner Senat Möglichkeit der Kopplung von Kinderförderung in sozialen Brennpunkten (Training von Artikulationsfähigkeiten, Stärkung des Selbstbewusstseins, Selbstvertrauens, Stärkung des Muts zur Selbstdarstellung, zum Rollen- und Auftragsspiel) und Künstlergrundabsicherung nicht als Arbeitsprinzip realisiert, obwohl es aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Sicht

vernünftig ist. Er verwies an Unterinstanzen, aber die hatten keine Problemlösungsangebote erarbeitet. Gefühl von Kafkaschem Schloss.

Ignoranz und Arroganz von Politikern zerstören Grundvertrauen in Regierung, Hoffnung auf Hoffnung. In Erwachsenen und Kindern.



Wir krönen uns selbst

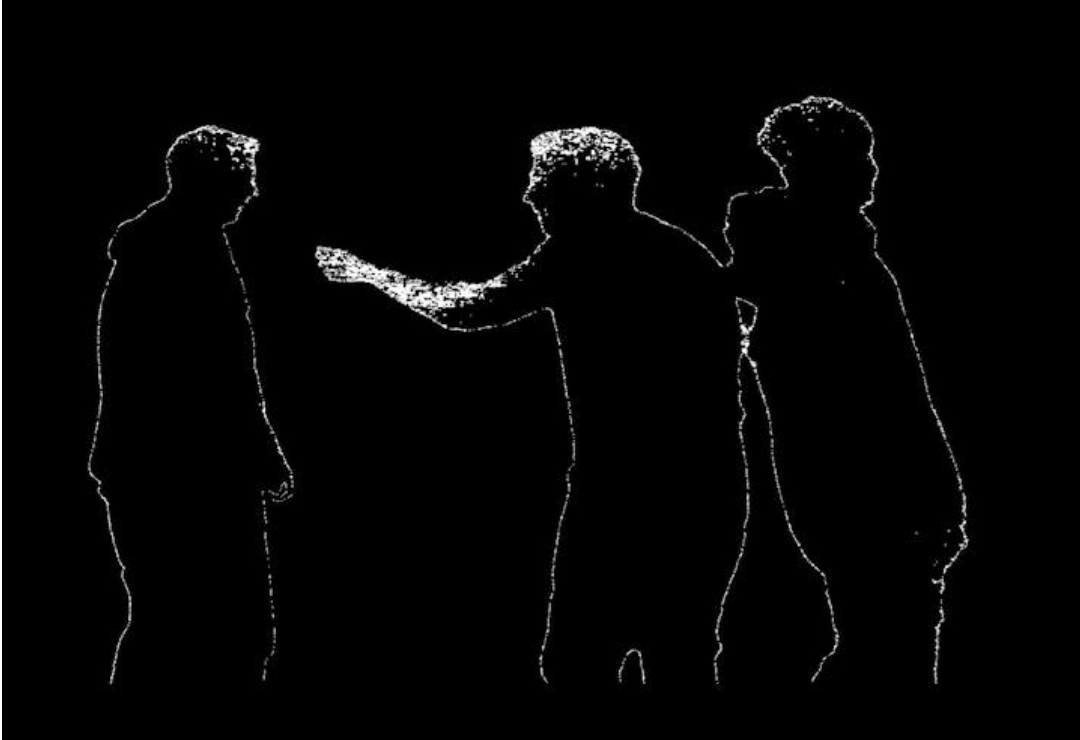
- aber Geld regiert Welt, eine Problemlösung wäre die Grundfinanzierung Kultureller Bildungsarbeit und anderer gemeinnützig orientierter Arbeit mit einem Bürgergeld in Höhe des Kulturellen Existenzminimums / Steuerfreibetrages, die allen Beteiligten ein Mindestmaß an sozialer und Planungssicherheit ermöglicht. Arbeitsnachweise könnten weiterhin erbracht werden.

Spandauer Künstler konnten mit zwei Mails, einem Arbeitsgespräch und einem Gutachten die Mindestlohnforderung ins Wahlprogramm der SPD bringen, mit einem Mail an Datenschutzbeauftragte realisieren, dass im HartzSystem Beurteilten Beurteilungen zur Kenntnisnahme vorgelegt und unterschrieben werden müssen... Politikberatung von unten wird in Deutschland eingefordert, nicht finanziert.

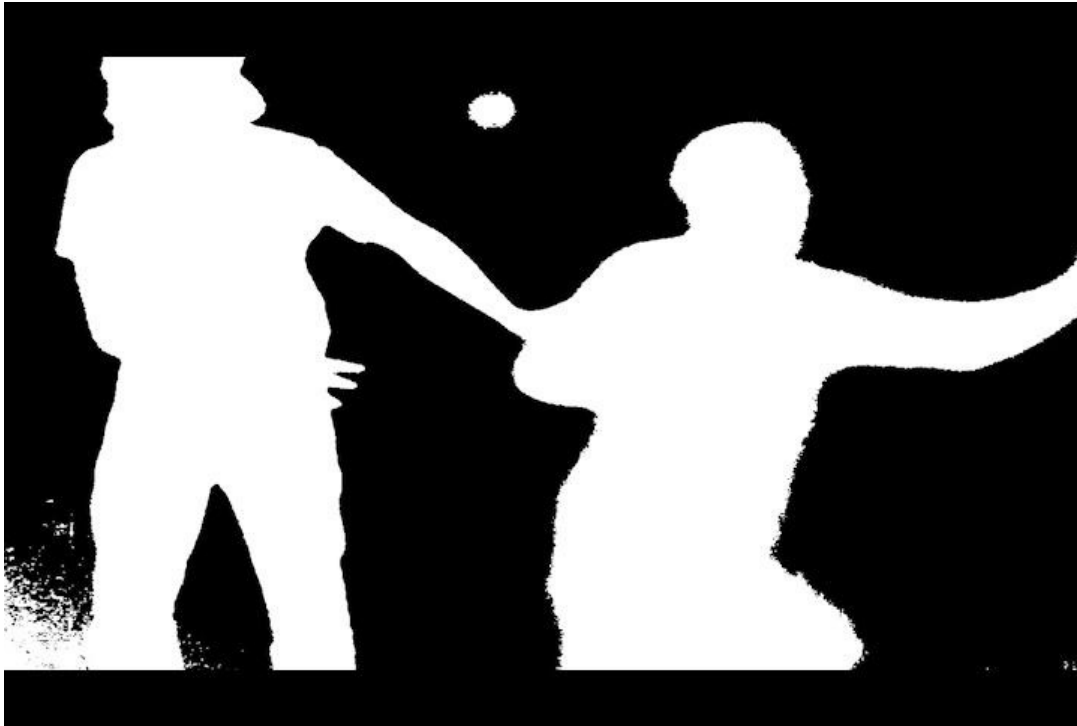
Millionen an Steuergeldern gehen an Beraterfirmen wie McKinsey, die

die Gesellschaft so organisieren, dass Millionen an Steuergeldern zu McKinsey fließen. McKinsey rief Künstler an und sagte, dass sie sich als Mitarbeiter bewerben könnten, aber - sie dürften Arbeitsthemen nicht selbst bestimmen und - oberstes Gebot wäre Schweigen. Verschweigen.

Konfrontation statt Kooperation. Resignation statt Prinzip Hoffnung.



Wir treten ins Licht und werfen Schatten



Wir verzaubern uns selbst.

